

6

Abt. 12 - Nord Wedding**Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Regulatorische Maßnahme zur Begrenzung des Dispokreditzinssatzes**

1 Der
2 dass die Abgeordneten der SPD-Fraktion im
3 Bundestag und die SPD-Mitglieder der Bundesregierung sich für eine Implementierung
4 einer gesetzlichen Obergrenze für Dispokreditzinsen, die maximal 3% über dem jeweils geltenden Basiszinssatz der Europäischen Zentralbank liegt.
5
6
7
8
9

10 Begründung

11 In der gegenwärtigen Finanzmarktlandschaft
12 nutzen zahlreiche Konsumenten den Dispo-
13 kredit als liquiditätssicherndes Instrument.
14 Indessen resultieren aus diesem Finanzprodukt oftmals überproportional hohe Zinssätze,
15 die nicht selten die Zahlungsfähigkeit
16 der Kreditnehmenden kompromittieren. Diese exorbitanten Zinsen können insbesondere
17 in ökonomisch volatilen Perioden eine exzessive finanzielle Belastung darstellen und
18 das systemische Risiko im Finanzsektor erhöhen. Eine regulatorische Deckelung der Dispo-
19 zinsen würde nicht nur zur finanziellen Resilienz der Haushalte beitragen, sondern auch
20 die Prinzipien der Markteffizienz und Fairness stärken. Im Sinne der finanzpolitischen Ziel-
21 setzungen der SPD ist es essenziell, ein nachhaltiges und stabiles Finanzsystem zu fördern,
22 in welchem alle Marktteilnehmenden
23 gleichberechtigt agieren können. Diese Maßnahme wäre ein strategischer Schritt zur Er-
24 reichung eines inklusiven und gerechten Finanzmarktes.
25
26
27
28
29
30
31
32
33

**Empfehlung der Antragskommission
Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

dass die Abgeordneten der SPD-Fraktion im Bundestag und die SPD-Mitglieder der Bundesregierung sich für eine Implementierung einer gesetzlichen Obergrenze für Dispokreditzinsen einzusetzen, die maximal 3% über dem jeweils geltenden Basiszinssatz der Europäischen Zentralbank liegt.